

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 11, 3. Juni 1998

rechts

Einblicke

Es wird gezündelt

Von Cornelia Sonntag-Wolgast

Die CDU hat die Parole ausgegeben: Im Wahlkampf solle eine „härtere Gangart“ in der Ausländerpolitik eingeschlagen werden. Im Klartext wird das heißen: Eine Minderheit soll als Blitzableiter für die schwerwiegenden Fehler der Bundesregierung in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik herhalten. Denn zweifellos gibt es Angst und Animositäten in der Bevölkerung gegenüber Zuwanderern. Vor allem in Problemgebieten. Die Empörung über billige Arbeitskräfte, vorwiegend aus Osteuropa stammend, kommt dazu. Darüber muß man reden. Aber es kommt auf die Tonart an!

Weder zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit noch zur Eindämmung von Lohndumping und illegaler Beschäftigung war diese Regierung in 16jähriger Amtszeit fähig. Ebenso wenig war sie bereit und in der Lage, konkrete Signale zur Integration und zur Konfliktminderung zwischen Einheimischen und Zuwanderern zu setzen, etwa durch eine vernünftige Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Jetzt setzt sie am Endprodukt ihrer falschen Politik an: Sie greift die angespannte Stimmungslage auf und reizt das Bedürfnis der Menschen, für die eigene Unzufriedenheit Sündenböcke zu suchen. Das ist fatal und verantwortungslos, und die Rechnung wird auch nicht aufgehen. Den Stafettenlauf um Fremdenfeindlichkeit gewinnen diejenigen, die am rücksichtslosesten und radikalsten voranpreschen. Und das sind die Parteien auf der extremen Rechten.

Die DVU wird in Bayern zur Landtagswahl nicht antreten. Das hat seine Gründe. Die CSU läßt rechts von sich kaum Platz. Das ist aber leider kein Zeichen für demokratische Hygiene. Es zeigt vielmehr in Wortwahl und Gedankengut eine unappetitliche Nähe der CSU und auch von Teilen der CDU zu den politischen Kräften, deren „Themenfelder“ sie „besetzen“ wollen. Der Weg muß genau anders herum sein. Nicht Katzbuckeln gegenüber Rechtsaußen, sondern Schärfe und Härte sind geboten. Unter Demokraten muß unstrittig sein: Mit Zündeln gegen Minderheiten darf man nicht auf Stimmenfang gehen. Wer dagegen verstößt, beschädigt unsere politische Kultur.

Sorge in Budapest

Der Erfolg antisemitischer Scharfmacher bei den Wahlen in Ungarn hat verschiedene innere und äußere Ursachen.

Seite 2 ■

Kriegsverbrechen

Die kroatischen Ustascha-Faschisten waren die willfähigsten Vollstrecker des NS-Völkermords.

Seite 4 ■

Ansteigende Militanz

Die Länderverfassungsschutzbehörden warnen durchwegs vor einer Zunahme der rechtsextremen Gewalt.

Seite 6 ■

Haarsträubende Fakten

Eine Studie des Hamburger Verfassungsschutzes über den Geheimdienst der Scientology-Organisation läßt die Alarmglocken schrillen.

Seite 9 ■

Neuer Anlauf

Das schon fast entschlafene Thule-Seminar hat sich wieder zurückgemeldet und ist offensichtlich mit Teilen des NPD-Nachwuchses verbandelt.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 15 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Ausland**Ein Produkt vieler Milieus**

Auch in Ungarn sind Rechte auf dem Vormarsch. Im Windschatten eines Regierungswechsels stürmten 14 rechtsextreme Abgeordnete ins Parlament. Juden, Sinti und Roma fühlen sich bedroht. Liberale Ungarn sind besorgt.

Entgegen den Erwartungen der meisten Analytiker gab es eine faustdicke Überraschung bei den Wahlen in Ungarn. Die rechtsextreme Partei der Ungarischen Gerechtigkeit und des Ungarischen Lebens (MIEP) zog ins Budapester Parlament ein. Diese Partei hat durch scharfmacherische Parolen gegen die 80 000 Juden sowie rund 500 000 Sinti und Roma sowie durch Massenaufmärsche im Stil der Pfeilkreuzler (ungarische Nazis) Aufsehen erregt. Ihre 247 000 Wähler stammen aus verschiedenen Milieus, was eine Beurteilung besonders schwer macht. Es gibt Parallelen zu anderen Ländern, aber auch Besonderheiten.

Der MIEP-Vorsitzende, István Csurka, war einer der Gründer des 1987 entstandenen Ungarischen Demokratischen Forums (MDF). Später, im Jahre 1993, trat er aus dem MDF aus und gründete seine eigene Partei. Durch diesen Schritt wurde er zur treibenden Kraft beim Zerfall der damals größten Partei der konservativ-nationalen Koalition, des durch József Antall geleiteten MDF. Es hat symbolischen Charakter, daß den entscheidenden Anstoß zur Gründung der Partei die Diskussion um den ukrainisch-ungarischen Grundvertrag zu Beginn des Jahres 1993 gab. Die MIEP wurde von solchen Politikern gegründet, die den Grundvertrag ablehnten, und den Traum eines Ungarns vor 1918 träumten.

Bei den Wahlen im Jahr 1994 erreichten die radikal rechtsgerichteten Kräfte nicht einmal zwei Prozent, aber bei den Kommunalwahlen im selben Jahr verbuchten sie - in erster Linie wegen der Zusammenarbeit mit der Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte (FKGP) - in der Hauptstadt und in ländlichen Städten gelegentliche Erfolge.

Während der letzten Regierungsperiode stach die MIEP meistens durch spektakuläre Großversammlungen an den Nationalfeiertragen und durch lau-

ten Radikalismus hervor. An Demonstrationen beteiligten sich hauptsächlich Zugehörige der traditionellen, früher sehr zurückgezogenen Mittelklasse und die der absteigenden gesellschaftlichen Gruppen. In erster Reihe Menschen, die sowohl die Kádár-Ära als auch die Wende 1989/90 als Verlierer durchlebt haben. Auch aus diesem Grund fühlten sie sich in einem überdurchschnittlich hohen Maß von den nationalen Parolen, vom Antikommunismus und von dem Gedanken eines Elitewechsels angezogen. Hierbei handelt es sich um gesellschaftliche Gruppen, auf die die bekannten Goebbels'schen Redewendungen über die Verschwörung des Weltkapitals anziehend wirken.

Obwohl die MIEP in ihrer Ideologie und Rhetorik eine Kontinuität zu den Vorfahren aus der Nachkriegszeit aufweist, ist sie doch auch ein Produkt des mit vielen Opfern verbundenen Systemwechsels, des damit zusammenhängenden Illusionschwundes und der sich ausbreitenden Globalisierung. Diese Tendenzen erinnern an Entwicklungen in Ostdeutschland, wo viele Menschen zu Protestwählern werden, die nach der Vereinigung die Transformationskosten für die Umgestaltung der ehemaligen DDR am eigenen Leib spüren. Es ist ebenfalls ersichtlich, daß der unaufhaltsam anmutende Prozeß der Globalisierung bei den gefährdeten gesellschaftlichen Schichten in der ganzen Welt ähnliche Reaktionen hervorruft. Auch den Verlust an Souveränität empfinden viele als schmerzhaft.

Der momentane Erfolg der MIEP ist nur im Zusammenhang mit der steil sinkenden Popularität des westlichen Prinzipien vertretenden und liberalen Bundes der Freien Demokraten (SZDSZ) zu verstehen. Parallel hierzu traten aber auch die nationale Elitegruppen in den Hintergrund, die eine Gesellschaft versprochen haben, in der zwei Drittel der Bevölkerung zu den Gewinnern gehören. Csurka wandte sich mit phantasie- und gefühlsreichen Fragen und vereinfachenden, aber bewegenden Antworten erfolgreich an die enttäuschte und abrutschende Gruppe der Intellektuellen aus der Bildungsschicht. Die Erfolge des MIEP zeigen mit der Genauigkeit eines Barometers die ideologischen Defizite der politischen Elite, die am status quo interessiert ist; die sich bis jetzt nicht getraut hat, die Grundfragen der Veränderungsprozesse zu stellen. Sie haben vielmehr das Terrain Csurka überlassen, der im Gegensatz zur parlamentarischen Elite - als ehemals erfolgreicher Dramatiker - die „Sturm- baillaone“ der Sprache in die Schlacht schickt. Die MIEP, die bei ihrer Gründung einer Formation

ohne gesellschaftliche Wurzeln, einer peripheren, sich der Vergangenheit zuwendenden Kraft gleich, wird mit aller Wahrscheinlichkeit zum schwarzen Schaf des neuen Parlaments werden. Alle anderen Parteien distanzieren sich eindeutig von ihr. Da die MIEP mit 14 Abgeordneten keinen Fraktionsstatus hat, werden ihr keine Ansprüche auf öffentlichkeitswirksame Schlüsselfunktionen eingeräumt.

■ Parlamentarische Quarantäne ■

Es ist eine Frage für die Zukunft, ob sich die Salonunfähigkeit der in parlamentarische Quarantäne gesperrten MIEP löst oder nicht. Werden seine Abgeordneten auch im Parlament versuchen, die Lynchjustizstimmung der früheren Großversammlungen hervorzurufen, oder werden sie - wie es in den Kommunalverwaltungen der Fall war - dem Pragmatismus den Vortritt geben? Sicher ist, daß für alle demokratischen politischen Kräfte die Anwesenheit der MIEP im Parlament höchst unangenehm ist. Es ist damit zu rechnen, daß die Abgeordneten, ähnlich der ersten parlamentarischen Periode, unendliche ideologische Diskussionen provozieren. Es werden wohl auch die Themen, die bisher in der Öffentlichkeit an die Peripherie gedrängt waren, zu Tagesordnungspunkten. Der EU-Beitritt Ungarns wird zahllose Möglichkeiten und Gelegenheiten bieten, die sogenannten nationalen Schicksalsfragen zu thematisieren. Es ist die Pflicht und die gemeinsame Verantwortung der demokratischen Kräfte, daß MIEP in dieser Situation keine größere Rolle eingeräumt wird als sie ihr durch ihr parlamentarisches Gewicht und durch die tatsächliche Unterstützung der Bevölkerung zusteht. Sonst würde in den Diskussionen der demokratischen Parteien die MIEP-Karte ausgespielt, und in Ungarn würden die Rechtsextremen zum Zünglein an der Waage. Sollte dies nicht gelingen, ist die neue ungarische Demokratie und die Frage des Integrationsbeitritts in Gefahr.

Attila Wéber

Dr. Attila Wéber, Jurist und Soziologe, ist in Ungarn ein bekannter politischer Analytiker. Zur Zeit ist er Herausgeber der Zeitschrift „Esély“, zuvor war er Mitherausgeber der Zeitschrift „Századvég“, ein monatlich erscheinendes Periodika, das politische Untersuchungen veröffentlichte. 1996 erschien sein Buch unter dem Titel „A FIDESZ-jelenség (Die FIDESZ-Erscheinung) über die Jungen Demokraten in Ungarn.

Ausland

Braune Dichter

Der „Verein Dichterstein Offenhausen“ (=„Offenhausener Kulturtage“) soll wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung aufgelöst werden. Dies gab das Österreichische Innenministerium bekannt. Auch das diesjährige „Dichtersteintreffen“, das wieder für Anfang Mai geplant war, wurde verboten. Der 1963 gegründete „Verein Dichterstein Offenhausen“ - benannt nach einem Mahnmal - ist laut Innenministerium als „Kulturverein mit stark ausgeprägter deutschnationaler Tendenz“ einzustufen. Im Zuge der alljährlichen „Dichterstein-Treffen“ werden Ehrungen von verschiedenen Schriftstellern vorgenommen. Gewürdigt werden sollten in diesem Jahr der 1990 verstorbene Robert Jan Verbelen und Konrad Windisch. Verbelen, Verfasser zahlreicher revisionistischer Werke, gehörte im Zweiten Weltkrieg einer Waffen-SS-Brigade an, war Stabsleiter der Deutsch-Flämischen Arbeitsgemeinschaft „De Vlag“ und schließlich als Führer des „Sicherheitskorps-Flandern“ tätig. Verbelen wurde 1947 in Belgien in Abwesenheit wegen Mordes zum Tod verurteilt. Konrad Windisch habe, so das Ministerium, in den frühen 50er-Jahren zu den „Spitzenvertretern der rechtsextremen Szene in Österreich“ gezählt und sei mehrmals wegen Verstoßes gegen das Verbotsgesetz verurteilt worden. Eine im Oktober 1996 gegen Windisch nach dem Verbotsgesetz verhängte Freiheitsstrafe von zwölf Monaten ist noch nicht rechtskräftig. Das Innenministerium wertet die Ehrungen dieser Personen als dem Wiederbetätigungsverbot des 3. Verbotsgesetz zuwiderlaufende Handlungen.

Verantwortlich für den „Verein Dichterstein“ zeichnen Ottokar Schäfer, der einst von der FPÖ zur „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) wechselte und Rudolf Nowotny, Vorstandsmitglied der „Wohlfahrtsvereinigung der Glasenbacher“, einem im rechtsextremem Milieu angesiedelten Traditionsverband ehemaliger internierter NS-Funktionäre und Kriegsverbrecher. Im „Eckartboten“, dem Organ der „Österreichischen Landsmannschaft“, heißt es über die „Offenhausener Kulturtage“: „In Offenhausen werden die früheren Geistesgrößen dem Vergessen entrissen und lebende Dichter, die sich dem Zeitgeist nicht beugen, geehrt. Alte Werte wie Vaterlandsliebe, Anstand, Treue und Kameradschaft werden da ebenso geschätzt wie die Erhaltung des eigenen Volkstums“. Anton Maegerle

NS-Vergangenheit**Nazi-Verbrechen
in Kroatien**

Die kroatischen Ustascha-Faschisten waren willfähige Vollstrecker des NS-Völkermordes. Mit Hilfe des Vatikans konnte einer der blutigsten Schlächter nach Argentinien fliehen.

Während die Welt über die Verbrechen der Nazis inzwischen recht gut informiert ist, weiß die Öffentlichkeit ziemlich wenig über das, was während des Zweiten Weltkrieges in den NS-Satellitenstaaten geschehen ist. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Weder in Italien noch in Ungarn, Rumänien, Bulgarien oder Kroatien hat es nach der Befreiung systematische Aufklärungsarbeit gegeben. Die Justiz brauchte sich nicht um die Verdächtigen zu kümmern, weil die Regierungen nicht darauf drängten. Außerdem wurde - meistens zu recht - darauf verwiesen, daß ohne deutschen Druck Verbrechen wie die Verfolgung und Vernichtung der Juden und „Zigeuner“ nicht begangen worden wären. Bulgarien war der einzige Satellitenstaat, der sich weigerte, die „Endlösung“ zu vollstrecken. Eine Ausnahme unter allen diesen Ländern bildete Kroatien - und zwar ausschließlich im negativen Sinn.

Wie die „Ustascha“, also die kroatischen Faschisten, zwischen 1941 und 1944 in ihrem Land gewütet haben, könnte nun bald in einem Strafverfahren untersucht werden. In Argentinien ist nämlich jetzt ein Mann von einem inländischen Fernsehteam aufgespürt worden, der zu den blutigsten Ustascha-Schlächtern gehört haben dürfte: Dinko Sakic, heute 76 Jahre alt, von 1941 bis 1942 stellvertretender Kommandant des KZ Jasenovac, danach bis zur Befreiung Ende 1944 Chef dieses „Auschwitz des Balkan“, wie das Lager nördlich von Banja Luka auch genannt wurde. Nach seiner Identifikation war Sakic abgetaucht, freilich bald in sein Haus in der argentinischen Küstenstadt Santa Terisita zurückgekehrt und dann verhaftet worden. Auslieferungsanträge haben Zagreb und Belgrad gestellt. Daß Sakic nicht weiter im sicheren Argentinien bleiben darf, hat Staatspräsident Carlos Menem inzwischen bekräftigt. Mitte Mai wurde entschieden, daß der mutmaßliche Massenmörder nach Kroatien ausgeliefert wird.

Kroatien wurde am 10. April 1940 von Deutschland und Italien gegründet, um Jugoslawien aufzulösen. Staatspräsident von Hitlers und Mussolinis Gnaden wurde der katholische Geistliche Ante Pavelic. Kurz nach seiner Ernennung begann eine „ethnische Säuberung“. Alle Serben sollten entweder katholisch werden oder das Land verlassen. Die Bilanz: Mehr als 500 000 Serben wurden ermordet, eine viertel Million vertrieben, 200 000 mußten katholisch werden. In der „Enzyklopädie des Holocaust“, einem Standardlexikon zur Zeitgeschichte, werden die Ustascha-Aktionen des Jahres 1941 „eine der schändlichsten Episoden des Zweiten Weltkrieges“ genannt (S. 824). Männer, Frauen und Kinder wurden wahllos erschossen, in tiefe Schluchten gestürzt, zu Tode geprügelt, vielen wurde die Kehle durchgeschnitten, Tausende in ihren Dörfern einfach verbrannt. Sim Klaić wurde im November 1941 mit Mutter und Schwester verhaftet. Er überlebte Jasenovac und andere Lager. In Jasenovac war er im April 1942 Zeuge, als der stellvertretende Lagerkommandant Sakic befahlen habe, 26 Menschen in einen Raum zu sperren, um sie verhungern zu lassen. Im Mai habe das gleiche Schicksal 36 Menschen ereilt. Im Lagerspital habe Sakic Kranke töten lassen, wenn Platz geschaffen werden mußte. Juden wurden - wie etwa im deutschen Vernichtungslager Chelmno - in geschlossene Lastkraftwagen gesperrt und mit den Abgasen erstickt. Während in Jasenovac Juden, Serben, Kommunisten und angebliche Regimegegner eingesperrt waren, gab es gegen Juden zusätzlich Sonderlager in Danica bei Zagreb, in Jadovno in den Bergen von Velebit, auf der Insel Pag, in Kruscica in Bosnien, in Loborgrad in Nordkroatien, in Djakovo in Südostkroatien und in Tenje bei Osijek. Die meisten Morde wurden freilich in Jasenovac, dem größten Lager, begangen. Bereits 1945/46 im ersten Nürnberger Prozeß gegen die Spitzen des Nazi-Regime war von Jasenovac die Rede. Dort seien 500 000 bis 600 000 Menschen umgebracht worden, hieß es. Inzwischen gibt es neue, recht genaue Untersuchungen. Sie kommen auf 60 000 bis 80 000 Ermordete. Juden hatten nur dann eine Überlebenschance, wenn sie als Ärzte, Apotheker, Elektriker, Schuhmacher, Goldschmiede oder als andere Facharbeiter im Lager eingesetzt waren. Alle anderen wurden umgebracht.

Bis Anfang 1942 brauchten die leitenden deutschen SS-Führer in Kroatien nichts zu tun, um die Morde zu beschleunigen. Die Ustascha machte alles eifrig und freiwillig. Als die Mordlust nachzulassen schien, gab es kurzfristig deutschen Druck.

Dann lief die kroatische Tötungsmaschine wieder. Genau hier liegt der wesentlichste Unterschied zu allen anderen NS-Satellitenstaaten. Die Ustascha-Leute mußten nicht angetrieben werden.

Eine besonders schmählische Rolle hat die katholische Kirche in jenen Jahren gespielt - und zwar sowohl im Lande selbst als auch im Vatikan. „Viele katholische Priester waren an Morden beteiligt“, heißt es in der erwähnten „Enzyklopädie des Holocaust“. (S. 828) „Der Vatikan hat die Haltung der kroatischen Kirche immer unterstützt und den kroatischen Separatismus gefördert. Die Vernichtungskampagne der Ustascha gegen Serben, Juden, und Zigeuner stellte die Kirche vor ein Dilemma... Als sich die Position des Regimes schwächte und der Krieg sich dem Ende zuneigte, wurden die Proteste der Kirche gegen Verbrechen der Ustascha deutlicher. Dies war in der frühen Phase nicht der Fall gewesen.“ (ebd.)

Nach dem Krieg war es für Kommandant Dinko Sakic leicht, möglicher strafrechtlicher Verfolgung im Jugoslawien Titos zu entkommen. Ebenso wie sein großes Vorbild Adolf Eichmann oder der Kommandant von Treblinka, Paul Stangl, kannte Sakic im Vatikan den kroatischen Landsmann Bischof Alois Hudal, einem berühmt-berüchtigten Fluchthelfer. Hudal verschaffte Sakic mit Hilfe des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz Papiere ins sichere Argentinien von Eva und Juan Peron. Angeblich hat Peron den kroatischen Gast später persönlich kennengelernt. Das wird auch von Präsident F. Tudjmann kolportiert, der 1994 Argentinien besucht hat. „17 Minuten lang“ habe Tudjmann mit ihm damals gesprochen, sagte Sakic kürzlich. Tudjmann bestreitet das, heißt es. Fest steht indes, daß Sakic 1990 Österreich besucht hat, und zwar die Stadt Bleiburg. Dorthin waren 1945 zehntausende Ustascha-Aktivistinnen und deren Kollaborateure geflüchtet. Partisanen holten sie ein und sollen in einem entsetzlichen Gemetzel 40 000 Soldaten und Zivilisten ermordet haben. Gast einer Gedenkstunde war 1990 Dinko Sakic.

In der kroatischen Hauptstadt Zagreb könnte Sakic möglicherweise nun bald zur Verantwortung gezogen werden. In Bleiburg hatte er 1990 öffentlich erklärt: „Alles, was wir im Krieg getan haben, war im Interesse Kroatiens und der Christenheit.“ Man darf gespannt sein, zu erfahren, wie er das jetzt sieht, was er von seiner Flucht in Erinnerung hat, wie das mit Peron und mit Tudjmann gewesen ist sowie selbstverständlich das zentrale Thema: Jasenovac.

Heiner Lichtenstein

Verfassungsschutz

Rechte Delikte unter der Lupe

Rechtsextreme Straftaten werden vom Bundeskriminalamt und vom Bundesamt für Verfassungsschutz mit verschiedenen Methoden erfaßt. Die Statistiken ermöglichen eine Aufschlüsselung.

Die Gesamtzahlen beider dem Bundesinnenministerium unterstehenden Behörden, die in früheren Jahren häufig voneinander abgewichen waren, sind für 1997 identisch: 11 719 Straftaten Rechtsextremer wurden registriert. Das war im Vergleich zu 1996 (8730) ein Anstieg um 87 Prozent. Den größten Anteil daran hatten Propagandadelikte wie das Verbreiten verbotener Schriften oder das Zeigen neonazistischer Symbole. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) gibt die Quote mit 67 Prozent an, das Bundeskriminalamt (BKA) mit 88 Prozent. Das BfV führt eine Rubrik „Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund“ und teilt sie ein in Gewalttaten und sonstige Straftaten. Demnach wurden im vorigen Jahr 677 Körperverletzungen begangen (1996 wurden 507 gezählt) und 37 Brandstiftungen (vier mehr als 1996). Herausgerechnet werden „fremdefeindliche Gewalttaten“, deren Zahl mit 462 (Vorjahr: 372) angegeben wird. Stark zugenommen haben auch Sachbeschädigungen (von 157 auf 301), das Verbreiten von Propagandamitteln und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (5635 auf 7888) sowie andere Straftaten, wovon die meisten Volksverhetzung waren.

Das BKA unterteilt diese Straftaten in drei Gruppen: rechtsextremistisch motivierte Delikte (Anstieg von 5652 auf 7790), fremdenfeindliche Straftaten (1996: 2232, 1997: 2953) und antisemitische Straftaten (Zunahme von 846 auf 976). Besonders angestiegen sind demnach Fälle von Störungen oder Schändungen auf jüdischen Friedhöfen und Gedenkstätten. Bewertet werden die rechtsextremen Straftaten weder in der Kriminalstatistik des BKA noch im Verfassungsschutzbericht. Zur Erläuterung schreibt das BfV: „Rund zwei Drittel der mutmaßlichen rechtsextremistischen Gewalttäter sind Jugendliche und Heranwachsende“. Dies sei eine „alarmierende Entwicklung“. Das BKA weist auf zwei Brandanschläge gegen Kirchen hin und läßt offen, ob sie „in Zusammenhang mit dem Engagement der Geistlichen für die Belange von Ausländern und Asylbewerbern stehen“.

H. L.

Verfassungsschutz**Steigende Militanz
und giftige Parolen**

Die rechtsextremistisch motivierten Straftaten sind um mehr als 25 % auf 858 (1996:598) Vorfälle angestiegen, deutlich höher (339:220) lagen auch die fremdenfeindlichen Delikte, dies konstatiert der aktuelle Verfassungsschutzbericht für Baden-Württemberg. Beinahe verdoppelt haben sich danach die Gewalttaten mit 63 (36) Vorkommnissen, darunter 38 aus Fremdenfeindlichkeit. Die überwiegende Zahl der von Rechtsextremen begangenen 57 Körperverletzungen richtete sich gegen Ausländer (34), andere „klassische Feindbilder“ waren Punker und Personen aus sozialen Randgruppen. Auffällig ist der wachsende Anteil von Skinheads unter den ermittelten bzw. mutmaßlichen Straftätern: 70 % der gewalttätigen Übergriffe wurden im Berichtszeitraum von Skinheads begangen, im Vorjahr lag deren Anteil bei den Straftaten bei 20 %. Registriert wurde parallel ein deutliches Wachstum der Skinhead-Szene auf 560 (Vorjahr:430) Personen, wobei der Zuwachs bei den jüngeren Jahrgängen zu finden sein dürfte, die Altersgruppe der 16- bis 24-jährigen stellt 87 % des Potentials, 1996 waren noch 16 % älter als 25 Jahre. Genannt werden im Bericht insbesondere die „Skinheads Schwaben“, die sich hauptsächlich aus 16- bis 17-jährigen rekrutieren, wie schon die bayerischen Behörden festgestellt hatten. Konstant geblieben ist der Anteil der weiblichen Skinheads - der Renees - mit 15 %. Das neonazistische Spektrum ist weitgehend in sogenannten lockeren Personenzusammenschlüssen, den sog. „Kameradschaften“ zusammengefügt, genannt wird insbesondere die „Kameradschaft“ Karlsruhe. Einen ansonsten bundesweit zu beobachtenden Zugriff der NPD-Jugend JN auf die Neonazi- und Skinhead-Szene haben die Verfassungsschützer in Baden-Württemberg allenfalls marginal festgestellt. Das Mitgliederpotential der rechtsextremen Parteien stagniert bzw. ist rückläufig. Die tonangebenden „Republikaner“, die in Baden-Württemberg auch innerparteiliche Vormachtstellung genießen, in der 2. Legislaturperiode bereits im Landtag vertreten sind mit 14 Abgeordneten, konnten ihren Stand (1.900) lediglich halten, die DVU, deren Politik sich in „Stammtischen“ erschöpft, ist rückläufig (1.800:1.900), die NPD mußte weiterhin Federn lassen (400:440), konnte sich aber finanziell konsolidieren. Im Aufwind sind lediglich die JN, die

jetzt mit 60 offiziellen Mitstreitern aufwarten können.

Der nordrhein-westfälische Innenminister Kniola befürchtet, daß sich die rechtsextremen Parteien „DVU und REP im Bundestagswahlkampf mit Hetzparolen übertrumpfen und so das innenpolitische Klima vergiften“. Bei der Vorstellung des Landesverfassungsschutzbericht für 1997 betonte Kniola, daß REP und DVU „faktisch ... für Protestwähler austauschbar“ seien. Das rechtsextremistische Potential befindet sich in NRW - dem Bundestrend entsprechend - leicht im Aufwind mit insgesamt 5.510 (1996:5.470) Personen, wobei der Zuwachs bei den militanten Rechtsextremisten anzusiedeln ist, deren Zahl mit 460 (400) beziffert wird. Der Mitgliederstand der Parteien blieb konstant: DVU und REP wie im Vorjahr 2.300 bzw. 1.700 Mitstreiter; auch der NPD gelang es, ihren Stand von 600 zu halten. Bemerkenswert ist die im Bericht veröffentlichte Grafik über die Altersstruktur der NPD-Mitgliedschaft, danach sind 35,5 % älter als 60 Jahre und nur 8 % unter 25jährig, während die NPD nach eigenen Angaben sich einen Anteil 20,1 % junger Leute unter 25 zurechnet und nur 27,5 % zu den über 60-jährigen zählt. Der NRW-Bericht spricht des weiteren von einem weiblichen Anteil von 11,4 %, die Partei selbst wähnt 19,5 % Frauen in ihren Reihen. Der NPD-Nachwuchs JN stellt mit 80 Mitgliedern nach wie vor die stärkste Gruppierung der sonst locker strukturierten neonazistischen Szene in NRW dar. Besonders agil ist noch die neonazistische „Sauerländer Aktionsfront“ mit rund 60 Anhängern, obgleich geschwächt durch den Unfalltod ihrer Führungsspitze im November. Unter den 460 militanten Rechtsextremisten befinden sich unverändert 400 Skinheads.

Angestiegen sind auch in NRW die rechtsextremistisch motivierten Straftaten um 8,3 % auf 1.129 (1.042) Fälle, darunter 30 Gewalttätigkeiten, davon zwei aus Antisemitismus, gegen Personen. Die antisemitischen Straftaten sind auf 163 angestiegen. Höher liegen ebenfalls die aus fremdenfeindlicher Motivation begangenen Straftaten um 18,3 % mit 652 (551) Vorfällen. Deutlich zugenommen haben die fremdenfeindlichen Körperverletzungsdelikte mit 82 (72) Fällen. In zwei Fällen wird wegen versuchter Tötung gegen zwei 18-jährige und einen 22-jährigen ermittelt. Die Straftäter gehören nach Ansicht des NRW-Innenministers hauptsächlich zur Gruppe der 14- bis 24-jährigen; noch im Vorjahr waren weit über die Hälfte älter als 25 bzw. 30 Jahre alt.

Nach wie vor im Visier hat Nordrhein-Westfalen die Wochenzeitung „Junge Freiheit“, über deren Berufung das Gericht noch nicht entschieden hat. G. N.

Demokratische Initiativen

Jüdische Besorgnisse

Überlebende des NS-Terror-Regimes warnen vor den neuen alten Rattenfängern. „Wehret den Anfängen“ lautet der ernstzunehmende Appell.

Die Hauptstadt ist um eine wichtige jüdische Einrichtung reicher. Am 10. Mai öffnete in der Oranienburger Straße 26 das erste Jüdische Kommunikationszentrum Deutschlands seine Tür als Begegnungsstätte. Der Jüdische Kulturverein Berlin, der als erster Mieter in das Zentrum einzog, widmete seine Auftaktveranstaltung dem Thema „Erinnerung im Monat Mai“. Wie nicht anders zu erwarten war, wenn Juden und Nichtjuden darüber diskutieren, ging es um sehr persönliche Erinnerungen und sehr aktuelle Schlußfolgerungen. Da berichtete einer, der damals 14 war, vom Abschied von seiner Mutter, als sie sich zum Abtransport nach Theresienstadt einfinden mußte und ihm unter Tränen eine goldene Kette mit dem Davidstern umlegte. Ein anderer schildert den Sadismus der Aufseher im KZ. Ein Dritter sprach über die Mordtaten der SS noch in den letzten Kriegstagen. Der Literaturwissenschaftler Jochanan Trilse-Finkelstein erinnerte daran, daß die Einweihung am Jahrestag der Bücherverbrennung stattfindet und zitierte das Heine-Wort, wo man Bücher verbrennt, brennen am Ende auch Menschen.

Keinem ging es vor allem um eine sentimentale Rückschau, jeder endete seinen Beitrag mit der so oder so formulierten Mahnung, den neuen Anfängen der alten Rattenfänger zu wehren. Tiefe Besorgnis schwang in den Reden mit, wenn die DVU-Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt und jüngste Umfragezahlen für die Rechtsextremen erwähnt wurden. Zweifellos gebe es dafür vor allem soziale Ursachen wie die hohe Arbeitslosigkeit und den Verlust der beruflichen Perspektive für zahlreiche Jugendliche. Aber zu den Ursachenfaktoren zähle zweifellos auch die zunehmende politische Gleichgültigkeit und die Unwissenheit über die deutsche Vergangenheit und das Wesen des Faschismus. Wie eng Rechtsextremismus und Antisemitismus verflochten sind, wurde am Beispiel der nunmehr dritten Schändung des Gedenksteins für die jüdischen Naziopfer in der benachbarten Großen Hamburger Straße wenige Tage vor der Veranstaltung deutlich gemacht.

Theresienstadt-Häftling Moitek Weinryb unterstrich, daß man ja nicht über mittelalterliche Inquisition, sondern über Verbrechen spreche, die man selbst erlitten habe und deren Täter oft noch leben. Die Jugend habe bis heute eine schon aus Altersgründen immer seltener werdende Gelegenheit, authentische Berichte der Opfer über unglaubliche Untaten der Nazis zu hören. Das sei eine Verpflichtung für Zeitzeugen, Schulen und Kommunen gleichermaßen. Ein Teilnehmer an einer gemeinsamen christlich-jüdischen Konferenz zum Thema Antisemitismus in der christlichen Kirchengeschichte im brandenburgischen Klosterstift Heiligengrabe verwies darauf, daß auf Initiative der Konferenz erst vor zwei Jahren beschlossen wurde, eine in der Tendenz jüdenfeindliche jahrhundertertealte Bilderserie über die Entstehung des Klosters nicht mehr unkommentiert zu zeigen.

Der Christ und Mitbegründer der „Aktion Sühnezeichen“, Franz von Hammerstein, der gemeinsam mit Pastor Niemöller aus Nazihaft befreit wurde, schilderte die Verabschiedung einer Gruppe junger Angehöriger der „Aktion Sühnezeichen“ nach Rußland zur Hilfe für russische Opfer der Nazibarbarei als tätigen Beitrag zur Wiedergutmachung. Sachsenhausen- und Buchenwald-Häftling Günter Nobel bezeichnete als eine der wichtigsten Lehren aus dem Scheitern der antifaschistischen Aktionen vor 1933, daß alle Demokraten den Kampf gegen die faschistische Bedrohung gemeinsam und nicht gegeneinander führen müssen. Der Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte, Joachim Zeller (CDU), versprach aktive Unterstützung des Bezirksamtes für das Auftreten von Naziverfolgten vor Jugendlichen in Schulen und Verbänden.

Wiederholt wurde von Diskussionsteilnehmern auf die besorgniserregenden Parallelen zwischen der Situation heute und in den letzten Jahren der Weimarer Republik hingewiesen. Andere betonten die grundlegenden Unterschiede, die heutige Stärke der demokratischen Ordnung, die Identifikation mit ihr, die Bereitschaft zu ihrem Schutz. Die Lage ist nicht gleich, lautete der gemeinsame Nenner, auf dem man sich schließlich einigte, aber vergleichbar ist sie schon. Und das „Wehret den Anfängen!“ ist ein ernster Appell an uns alle.

Ralf Bachmann

*Neue Adresse des Jüdischen Kulturvereins Berlin:
Oranienburger Straße 26, 10117 Berlin, Tel. (030) 282 66 69, Fax: (030) 28 59 80 53*

Das Haus heißt amtlich: Jewish Communication Center (JCC)

Aktivitäten**Sammeln für Deutschland**

Neben den rechtsextremen Wahlparteien will auch eine Sammelbewegung für den Bundestag kandidieren. Die REP und die Brunner-Partei haben dem Bündnis die kalte Schulter gezeigt

Eine Gruppierung, die sich „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ nennt und - wie so viele andere - eine Einigung des rechtsextremen Lagers anstrebt, will am Bundestagswahlkampf des rechten Spektrums teilnehmen. Sie wurde am 8. Mai vergangenen Jahres im Beisein von etwa 120 Personen, darunter zahlreiche ehemalige NPDler und „Republikaner“ unter dem Motto „das Maß ist voll!... Wir sind das Volk“ in Kassel ins Leben gerufen. Ein Jahr später, wiederum am 8. Mai, wollte sich die am 29. Juni 1997 als Partei gegründete Formation auf einer Pressekonferenz in Bonn zum weiteren Vorgehen öffentlich äußern, was aber mangels Teilnahme kläglich versandete.

Helmut Fleck, der Bundesvorsitzende des Bündnisses erklärte, daß man für die Kandidatur zur Bundestagswahl bereits in neun Ländern Listen erstellt habe, bis zum 22. Juli jedoch in jedem Bundesland noch 2.000 Unterstützerunterschriften sammeln müsse. Der in Siegburg wohnhafte Fleck, der schon 1990 als Bundestagskandidat der „Republikaner“ antrat und später zum „Aufbruch '94“ wechselte, bekundete seine Absicht, selbst als Direktkandidat für das Bündnis antreten zu wollen.

Programmatisch unterhält das aus einem Sammel-surium ultrarechter Kleinstgruppen zusammengewürfelte Bündnis das klassische Repertoire rechtsextremer Parteien. Es wendet sich gegen eine angebliche „Herabwürdigung deutscher Soldaten durch deutsche Meinungsmacher und Gerichte“, fordert eine Verschärfung des Asylrechts und die Ausweisung von ausländischen Sozialhilfeempfängern und selbstredend straffällig Gewordenen, stellt indirekt einen Zusammenhang her zwischen wachsender Kriminalitätsrate und Ausländern, tritt ein für bevorzugte Bildung für deutsche Schüler und bessere Sozialpolitik für deutsche Familien, will die „legalisierte Abtreibung von jährlich ca. 500.000 deutschen Kindern“ verhindern, usw.

Eng verbandelt ist „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“ mit dem „Bund für Gesamtdeutschland“, dem seitens der Bundesregierung rechtsextreme Bestrebungen attestiert werden. Angeführt wurden von der Bundesregierung dazu u.a. „die antidemokratische Haltung des BGD, revisionistische und ansatzweise auch fremdenfeindliche Äußerungen sowie die Angebote an rechtsextremistische Gruppierungen zur Zusammenarbeit“. Beispielsweise ruft der BGD in einem Rundbrief schon mal zur Unterstützung des bekannten Neonazi-Ehepaares Müller aus Mainz-Gonsenheim auf; der schleswig-holsteinische Landesverband des „Bundes für Gesamtdeutschland“ ist in die militante Neonazi-Szene involviert, wie auch der jüngste Verfassungsschutzbericht des Landes konstatierte. Langjähriger Bundesvorsitzender des BGD ist Horst Zaborowski, der seinerseits Landesvorsitzender des „Bündnis für Deutschland“ in Nordrhein-Westfalen ist.

In den Reihen des Bündnisses, das inzwischen über 11 Landesverbände verfügt, tummeln sich weitere Altbekannte der rechtsextremen Szene. Vorsitzender des Ende September gegründeten baden-württembergischen Landesverbandes wurde der Stuttgarter Martin Pape. Pape hatte 1979 die vier Jahre später von der Neonazi-Szene unterwanderte und 1995 verbotene militante FAP mitinitiiert und ist heute bei der lokalen Kleingruppe „Deutsche Freiheits- und Arbeitspartei“ als Bundesvorsitzender aktiv. Auf Aktivitäten im Umfeld der „Deutschen Volksunion“ und der NPD können der Niedersachse Johannes Raddatz und der Saarländer Walter Schwalbach verweisen, der Mediziner Artur Dreischer aus Baden-Württemberg wurde 1992 für die „Republikaner“ in den Landtag gewählt, verließ Amt und Partei aber alsbald.

Mit der ursprünglich beabsichtigten „Kräfte-Bündelung für die Bundestagswahl 1998“ dürfte die rechte Mini-Vereinigung, die nach Eigengaben zwar nur über 300 Mitglieder, aber 2.000 Mitstreiter verfügen soll, gescheitert sein. Außer versprengten Abtrünnigen ist es nicht gelungen, bei den rechtskonservativen und rechtsextremen Wahlparteien anzuklopfen. Der „Bund Freier Bürger“, die „Republikaner“, die DSU und die „Deutsche Partei“ sollen dem Vernehmen nach dem Projekt die kalte Schulter gezeigt haben, bei der DVU hat man - so die Begründung - aus Angst vor Vereinnahmung gar nicht erst angefragt. Programmatische Unvereinbarkeiten werden jedoch gegenüber der Frey-Partei nicht gesehen.

Gabriele Nandlinger

Sekten

Warnung vor Scientology

Der Hamburger Verfassungsschutz hat eine 74 Seiten starke Broschüre veröffentlicht, die haarsträubende Fakten über den scientologischen Geheimdienst OSA enthält.

„Der Geheimdienst der Scientology-Organisation – Grundlagen, Aufgaben, Strukturen, Methoden und Ziele“ lautet der Titel der Broschüre des LfV. Sie gibt einen umfassenden Einblick in Geschichte und Gegenwart sowie Arbeitsweise des scientologischen Geheimdienstes. Der ist, ausgestattet mit einem millionenschweren Budget, für Anzeigenkampagnen gegen die Bundesrepublik in amerikanischen Tageszeitungen und Verleumdungsattacken gegen Kritiker und Aussteiger verantwortlich.

1959 verfaßte Scientology-Gründer L. Ron Hubbard das „Handbuch des Rechts“. Die vier Teilgebiete seiner „Rechtsauffassung“ lauteten: 1. Nachrichtendienstliche Tätigkeiten, 2. Beweisuntersuchung, 3. Urteil oder Strafe, 4. Rehabilitation. Die Scientology-Organisation (SO) begann mit dem Sammeln von Daten. Ziel: „Wenn irgendwo ein Angriff auf Scientology beginnt, schauen wir uns die Leute an, die daran beteiligt sind und legen sie lahm.“ Für Untersuchungen sollten auch Privatdetektive eingesetzt werden.

Verschiedene Unterabteilungen kümmerten sich um Ermittlungen und das „Handhaben“ von Kritikern, wie es in scientologischer Neusprache heißt. 1966 führte Hubbard den Posten des „Guardian“ ein, der von seiner dritten Ehefrau, Mary Sue Hubbard, besetzt wurde. Schnell wurde dieses Amt zum „Guardian Office“ (GO) ausgebaut, das international die Aktivitäten der Scientology-Schlapphüte koordinierte. Neben Kampagnen gegen Deutschland sowie die Verbreitung von Verschwörungstheorien gingen sie GO-Agenten auch handfest zur Sache: Ausweise wurden gefälscht, amtliche Dokumente gestohlen, Büros abgehört und in Amtsräume eingebrochen. Als zwei Agenten nachts im Washingtoner Justizministerium erwischt wurden, flog der Geheimdienst samt einiger geplanter Aktivitäten auf. Die amerikanische Bundespolizei durchsuchte verschiedene Scientology-Einrichtungen, beschlagnahmte zahlreiche Dokumente. 1979 wurden neun

ranghohe Scientologen, darunter Hubbards Gattin, von einem Bundesgericht wegen Diebstahl und Verschwörung gegen die Regierung zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. 24 weitere Funktionäre des Psychokonzerns, darunter Hubbard selbst, wurden vom Gericht als nichtangeklagte Mitverschwörer bezeichnet.

Der Prozeß führte zu Auseinandersetzungen innerhalb der SO, die zu einer Entmachtung von Hubbards bisherigen Umfeldes führten. Der war allerdings schon in der Versenkung verschwunden (sein Tod wurde 1986 bekanntgegeben). Neuer Mann an der Spitze des Psychokonzerns wurde David Miscavige, der ihm bis heute vorsteht. Angeblich wurde das „Guardian Office“ 1983 aufgelöst. Nach Angaben von Insidern erhielt der Geheimdienst jedoch lediglich einen neuen Namen: „Office of Special Affairs“ (OSA). In Deutschland nennt er sich „Department of Special Affairs“ (DSA). Scientology verwendet nach außen lieber die Bezeichnung „Presse- und Rechtsamt“ oder „Büro für öffentliche Angelegenheiten“. Aussteiger gehen davon aus, daß das OSA heute weltweit 1 000 Mitarbeiter hat; in Deutschland soll es unter 100 Mitarbeiter geben (Hamburg: 15, München: 20).

„Wir müssen herausfinden, wie wir wichtige Leute in den Medien, in der Regierung und in den Schlüsselpositionen der Gesellschaft erreichen“, forderte der Chef von Scientology International, Heber Jentzsch. „Persönliche Kommunikationslinien“ sollten dabei genutzt werden. Doch nicht nur über Kontakte soll Einfluß genommen werden: Anzeigen in amerikanischen Tageszeitungen, in denen die Bundesrepublik mit Nazi-Deutschland verglichen wird, sollen Druck machen. Gelder für solche Kampagnen, aber auch für Detektiv-Honorare und Prozesse gegen Kritiker werden aus der scientologischen „Kriegskasse“ (war chest) finanziert, in die Mitglieder des weltweiten Scientologen-Verbandes IAS zwischen 40 000 und einer Million US-Dollar spenden.

Mit der Broschüre über den Scientology-Geheimdienst informiert das LfV nicht nur. Die Behörde warnt eindringlich: „Auch wenn die Organisation von ihrem Ziel, einem „befreiten“ Planeten unter Kontrolle von Scientology, noch denkbar weit entfernt ist, besteht angesichts ihrer fanatischen Heilsideologie, ihres elitären Sendungsbewußtseins und nicht zuletzt aufgrund der von ihrem Geheimdienst erreichten Erfolge kein Anlaß, Scientology zu unterschätzen.“

Torsten Borchers

Broschüre auch im Internet:

<http://www.hamburg.de/Behoerden/LfV/so.htm>

Hintergrund

„Zweite Luft“ oder letzter Atemzug?

Das Thule-Seminar, ein Überbleibsel aus Zeiten der alten „Neuen“ Rechten, hat sich wieder zurückgemeldet. Offensichtlich ist auch der intellektuelle Teil des NPD-Nachwuchses mit von der Partie.

Aus dem Verlauf von schweren Krankheiten ist das Phänomen bekannt, daß sich Patienten plötzlich deutlich zu erholen scheinen. Nach einer fast siebenjährigen Pause ist die sechste Ausgabe der „Elemente“ des Kasseler Thule-Seminars, ein aufwendig gestaltetes Produkt mit mehr als 150 Seiten Umfang, erschienen. Handelt es sich um eine Wiederbelebung des Projekts, einen „zweiten Atem“, für den es bereits in den letzten beiden Jahren einige Anzeichen gab, oder um den letzten Atemzug, dem das baldige endgültige Aus folgen wird?

Das lange Schweigen aus Kassel war ein deutliches Zeichen für den Personalmangel des Thule-Seminars, das dem Anspruch, eine „Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur“ zu sein, niemals auch nur nahe kam, sondern das in Wirklichkeit stets fast ausschließlich durch die Aktivitäten des gebürtigen Franzosen Pierre Krebs selbst und des Horner Verlegers Burkhard Weecke getragen wurde. Weecke fungiert in der aktuellen Ausgabe als Chefredakteur, Krebs als Leiter des Blattes. Weitere Redaktionsmitglieder werden nicht genannt.

Krebs ist es nicht gelungen, einen nennenswerten Umkreis für sein anspruchsvolles Vorhaben aufzubauen. Die wenigen Deutschen jedoch, die er gewinnen konnte, stehen keineswegs für intellektuelle Potenz und sind eigentlich kaum vorzeigbar. Der aus St. Augustin stammende Jirka Buder, für die Grafikentwürfe verantwortlich zeichnend, kommt aus dem Umfeld der FAP und war zu Beginn der 90er Jahre an mehreren zentralen Aufmärschen des neonazistischen Spektrums beteiligt. Bei etlichen der Autoren handelt es sich um offenkundige Pseudonyme (Gunther Hagen, Jürgen von Lester, Erik Tannhäuser, Wolfram Reklov). Letzterem wird auch für „freundliche Mitarbeit“ beim Lektorat gedankt. Genützt hat die Mitarbeit wenig. Es wimmelt von Druckfehlern in der „Buchzeitschrift des Thule-Seminars“.

Eine zunehmende Zusammenarbeit von Krebs mit jüngeren Kräften der NPD aus deren dann gesäten intellektuellen Nachwuchs hatte sich schon bei den seit dem vergangenen Jahr erscheinenden „Thule-Briefen“ gezeigt, die von dem aus dem JN-Spektrum stammenden Erlanger Thomas Hetzer verantwortet werden. Zudem ist Krebs in jüngster Zeit mehrfach bei der NPD bzw. deren engerem Bündnisumfeld als Referent aufgetreten.

Die Vermutung liegt also nahe, daß ein Teil der unter Pseudonym firmierenden Autoren ebenfalls aus dem Umfeld der JN stammt und dort jenem minoritären Flügel zuzurechnen ist, der nicht einfach die „glorreiche“ NS-Vergangenheit abfeiern will, sondern dem an einer vorsichtigen Anpassung der NS-Ideologie und verwandter Strömungen an die aktuellen Erfordernisse gelegen ist. Diese Hypothese wird gestärkt durch den Umstand, daß auch der Autor Dr. Carlos Dufour aus dieser ideologischen Ecke stammt. Er war Auslandsbeauftragter des argentinischen Partido Nacionalista de los Trabajadores („Nationalistische Arbeiterpartei“). Beim Parteitag der NPD im Juni 1991 in Herzogenaurach unterzeichnete er für seine Partei ein Kooperationsabkommen mit dem damals zuständigen NPD-Funktionär Ulrich Baues. Ansonsten versucht Dufour in internationalen Zeitschriften der „Neuen“ Rechten, sich einen Namen als Heidegger-Spezialist zu machen. Diesem philosophischen Hauptvertreter der Konservativen Revolution ist auch sein Aufsatz in den vorliegenden „Elementen“ gewidmet.

■ Autoren von der ganz alten Rechten ■

Internationalität, Weltoffenheit und die Verankerung in einer weltweiten Denkströmung soll der relativ umfangreiche Redaktionsbeirat demonstrieren. Er offenbart aber vor allem die anhaltende Schwäche des Projekts Thule-Seminar. Einige der dort Genannten (Hans-Jürgen Eysenck, Giorgio Locchi, Julien Freund) sind in der langen Erscheinungspause verstorben. Andere, wie die Franzosen Guy Mombert (Nizza) und André Lopez (Montpellier), spielen keinerlei Rolle im eigenen Land oder sind, wie Pierre Chassard (Monschau), eher Außenseiter.

Zwar tauchen im Redaktionsbeirat mehrere aus dem GRECE bekannte Namen (Jean Haudry, Jean Varenne, Pierre Vial) auf, doch handelt es sich

ausnahmslos um Aktivisten, die auf den früheren biologistischen Positionen verharren sind, inzwischen Funktionen im Front National bekleiden und in der aktuellen Führung der Nouvelle Droite nicht mehr vertreten sind. Weder Alain de Benoist selbst, noch jemand aus der aktuellen Führung des GRECE und seiner Zeitschriften, taucht auf der Liste auf. Krebs repräsentiert deren eigene Vergangenheit, mit der sie eigentlich nicht mehr konfrontiert werden möchten. Redaktionsbeirat Pierre Vial dagegen hat im März 1991 seine bisherigen Weggefährten im GRECE in einem Offenen Brief dazu aufgerufen, den Verband wegen dessen Erfolglosigkeit zu verlassen und sich dem Front National anzuschließen. Dessen Zentralkomitee gehört er gegenwärtig an.

■ Auf dem Stand vor 30 Jahren ■

Zum Ausgleich wird mit Robert Steuckers der belgische Intimfeind von Benoist aufgeführt. Doch eigentlich hat auch er für Krebs nur milden, wohlwollenden Spott übrig. Für ihn ist Krebs derjenige, „der aus der ‘Nouvelle Droite’, oder vielmehr aus den Bestandteilen am Ursprung der ND in den sechziger Jahren, eine Statue im griechischen Stil gemacht hat, ...aber eine Statue, die gelegentlich durch langsame Gesten belebt wird.“ (Nouvelles de Synergies Européennes, Januar 1997) Das Urteil wird durch einen Blick in die „Elemente“ bestätigt: bei den Abbildungen dominieren Skulpturen und Gemälde, die das mythische antike Erbe heraufbeschwören sollen, und solche, die das Heidentum preisen. Und auch die Inhalte zeigen sich uneindrückt von allen neuen Anknüpfungspunkten (Kommunitarismus, Bioregionalismus, Postmoderne) und ideologischen Modifikationen, die die europäischen „Neue“ Rechte in den letzten dreißig Jahren vollzogen hat.

Passend zu dieser impliziten Distanzierung von den aktuellen Positionen des GRECE erfolgt eine Übersetzung des uralten Aufsatzes „Die Überwindung der westlichen Zivilisation“ von Guillaume Faye. Dieser, mehrere Jahre der Kronprinz des GRECE, hatte sich 1986/87 endgültig mit Benoist überworfen und sich aus der politischen Tätigkeit zurückgezogen. Faye hatte u.a. für eine Öffnung gegenüber demjenigen Teil der „undogmatischen Linken“ plädiert, der die „nationale Frage“ sich entdeckt hatte, und war dafür von seinem Herrn und Meister Benoist „trozkistischer Tendenzen“ geziehen worden. Heute vertritt Benoist selbst die

Strategie des „Brückenschlags“. Nach einer langen Phase des Schweigens meldete sich Faye im vergangenen Jahr wieder zu Wort mit einem Interview in der nationalrevolutionären Zeitschrift „Réfléchir & Agir“, das zu einer Abrechnung mit den früheren Freunden geriet: verknöchert sei der GRECE, er habe seine „Rolle erfüllt“, er habe sich in eine Art von „kulturellen Freundeskreis“ umgestaltet.

„Statuenhaft“ ist der richtige Ausdruck für das Thule-Seminar und seine „Elemente“. Es ändert sich (fast) nichts bei dem Blatt. Da Krebs bei der aktuellen „Neuen“ Rechten aber kaum noch jemanden findet, der seinen Biologismus teilt, muß er besonders für den Heftschwerpunkt „Indoeuropäische Forschung“ Autoren heranziehen, die eher der ganz alten Rechten, dem Neonazismus, zuzurechnen sind. Johannes P. Ney, der über „Die Familie der indogermanischen Völker“ schreibt, hat erst kürzlich den Aufruf zur Notwehr gegen den „Völkermord am deutschen Volk“ unterzeichnet. Den genannten Aufruf unterschrieben hat auch Gerhard Heß, der seinen Schwerpunkt bei der Propagierung und Popularisierung des germanischen Heidentums hat. Beide Autoren waren auch im Umkreis des langjährigen Krebs-Mitstreiters Jürgen Rieger bei der Hetendorfer Tagungswoche aktiv.

Bisher bestehen vier Metapolitische Zellen („Metapos“), die den regionalen Unterbau bilden sollen, an dem es dem Kasseler Unternehmen mangelt. Außer der Metapo Nord in Kiel unter dem Landesvorsitzenden des „Bundes für Gesamtdeutschland“, Andreas Rothmann, existieren gegenwärtig noch die Metapo „Haushofer“ mit Sitz in Stewede, geleitet von dem ehemaligen NPD-Bundestagskandidaten Günter Bremermann, die Metapo „Widukind“ für Westfalen und die Metapo Thule-Sodalitas in Flandern, für die der „neu“rechte Aktivist und Funktionär des „Vlaams Blok“ Ralf Van den Haute verantwortlich zeichnet.

Insgesamt bringen die „Elemente“, die künftig „zwanglos“ erscheinen sollen, inhaltlich keine neuen Erkenntnisse. Die Worte von Krebs zur Distanzierung von den Konservativen und als Aufruf zum revolutionären Handeln sind aber so deutlich, daß sie auch die Kader der JN verstehen können: „Man kann nicht bewahren, was man ablehnen will. Wir wären Konservative, wenn wir in einer Gesellschaftsform lebten, die unseren Anschauungen, unseren Werten, unseren Idealvorstellungen gemäß wäre. (...) Wir denken keinen Augenblick daran, diese Gesellschaft zu reformieren.“ (S.8)

Jean Cremet

Bücherschau**Im Herzen
der Finsternis**

„Wir verfolgen die jüngsten Entwicklungen in Chile“, antwortete der Sprecher des Auswärtigen Amtes kürzlich, „natürlich mit allergrößter Aufmerksamkeit. Aus unserer Sicht haben der Schutz von Leib und Leben sowie die Freiheit derjenigen in der Colonia Dignidad, die gegen ihren Willen dort festgehalten werden, absolute Priorität. Darüber hinaus haben wir ein nachdrückliches Interesse daran, daß die Vorwürfe der mehrfach begangenen Straftaten aufgeklärt werden, daß die Begehung dieser Straftaten unterbunden wird und daß den Opfern so schnell wie möglich Hilfe zugute kommt. Und er fuhr fort: „Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, daß dem Anführer dieser Organisation namens Schäfer das Handwerk gelegt wird und daß die Vorkommnisse in der Colonia Dignidad lückenlos aufgeklärt werden. Dazu stehen wir mit unserer Botschaft in engstem Kontakt mit den chilenischen Ermittlungsbehörden, in die wir volles Vertrauen haben und in deren Ermittlungsbemühungen wir in der Vergangenheit vollstes Vertrauen gesetzt haben.“

Eine erfreulich klare Aussage. Was diese Kolonie der Würde von der Größe des Saarlandes (und von einem doppelten Stacheldraht umgeben) darstellt und was sie verbirgt, versucht der Fernsehjournalist Gero Gemballa seit zehn Jahren herauszufinden. Sein Ergebnis ist haarsträubend. In sechs Kapiteln zeichnet er die Geschichte einer kriminellen Sekte von 500 Mitgliedern nach, die seit vier Jahrzehnten einen Staat im Staate bildet, der außerhalb von Gesetz und Ordnung existiert. Den sexuellen Obsessionen, der kriminellen Energie und der Willkür ihres Anführers und seiner Führungsclique ausgeliefert, reibungslos nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam funktionierend, Folterzentrum für die Militärjunta des Augusto Pinochet - und ein Wirtschaftsunternehmen, dessen Vermögen heute auf 100 Millionen Dollar beziffert wird. Nicht unerwähnt soll bleiben, was der Verfasser als „Bayern-Connection“ bezeichnet: ein Beziehungsgeflecht, in dem Franz-Josef Strauß ebenso seinen Part spielt wie die Professoren Blumenwitz und Bossle.

Die Liste der Scheußlichkeiten, über die anhand von Protokollen, amtlichen Dokumenten sowie Aussagen von Zeugen und Opfern berichtet wird,

ist lang; doch fast alle Straftaten sind inzwischen verjährt: „Nur noch die Chilenen können juristisch erfolgreich die Täter zur Verantwortung ziehen - und werden so gezwungen, eigene Vergangenheitsbewältigung zu betreiben.“ Ein notwendiges Buch.

Theo Meier-Ewert

Gero Gemballa: Colonia Dignidad, Ein Reporter auf den Spuren eines deutschen Skandals, Campus Verlag, Frankfurt, New York 1998, 213 Seiten, franz. Brosch., 36 DM.

**Spuren hinterlassen**

„Das Buch zur Sendung“, wirbt lapidar eine Banderole, die dieses 1997 erschienene Bändchen umgibt. In der Tat ist es die Transkription eines vom Sender „Arte“ 1995 ausgestrahlten Gesprächs zwischen Jorge Semprun und Elie Wiesel aus Anlaß des 50. Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager. Einer Gedenkveranstaltung also; dabei sind sich die Gesprächspartner - Überlebende von Auschwitz und Buchenwald - einig, daß sie solche Veranstaltungen nur „schweren Herzens“ und „widerwillig“ auf sich nehmen, ihnen gleichwohl „aber keine Wahl“ bleibt(23). Beide kennen das Gefühl, auf einem Podium zu sitzen und doch lieber schweigen oder sich allein den Erinnerungen überlassen zu wollen. „Dann faßt man sich wieder, um als Zeitzeuge an diesem pädagogischen Ritus teilnehmen zu können“(24) und um die Wißbegierde und den Erfahrungshunger derjenigen zu stillen, die all das nicht miterlebt haben.

Über die Notwendigkeit zu sprechen, weil Schweigen unmöglich ist, und die gleichzeitige Unmöglichkeit, je mitteilen zu können, „was du und ich erlebt haben“(18), kreist dieses erinnerungsschwere Gespräch zwischen Semprun und Wiesel. Stellvertretend für die, die nie ihre Geschichten erzählen konnten, und für diejenigen der Überlebenden - es ist die Mehrheit -, die nicht darüber sprechen, dienen ihre Geschichten dem Ziel, „Spuren zu hinterlassen“(31).

Dabei haben Semprun und Wiesel erst nach längerem Schweigen über ihre Erfahrungen als Deportierte zu schreiben begonnen. Bei der Befreiung aus dem Konzentrationslager Buchenwald durch die Amerikaner im April 1945 war Semprun 21 Jahre, Wiesel 16 Jahre alt. Semprun stammte aus einer im

Spanischen Bürgerkrieg nach Frankreich geflüchteten Familie, hatte 1941 ein Philosophiestudium an der Sorbonne begonnen, war in die KP Spaniens eingetreten und hatte an der Resistance teilgenommen. 1943 wurde er von der Gestapo verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Elie Wiesel, aus Sighet in den Karpaten stammend, wird 1944 mit seiner jüdischen Familie nach Auschwitz deportiert; bei der Räumung des Lagers im Januar 1945 und dem folgenden Transport in offenen Waggons gelangen er und sein Vater - die beiden Überlebenden seiner Familie - nach Buchenwald. Vor der Quarantänebaracke werden die Ankommenden mit kaltem Wasser begossen - : "Wir verwandelten uns in Eiszapfen. Ich war mit meinem Vater zusammen. Und dann war mein Vater nicht mehr mein Vater. Mein Vater war tot. Und dann war ich eigentlich nicht mehr in Buchenwald. Ich hörte auf zu leben. Von diesem Tag an bis zur Befreiung war ich im Grunde genommen nicht da." (12).

Semprun und Wiesel verständigen sich über den grundlegenden Unterschied ihrer Lagersituation. Semprun gehörte zu den politischen Häftlingen, denen es auch in der Lagerorganisation Buchenwalds gelang, einen vielfältig verschlungenen, aktiven Widerstand aufzubauen. „Du wußtest, warum du da warst, du hast gekämpft, du warst Teil des Widerstands“ (12). Die Juden hingegen wurden, wie Ruth Klüger einmal formuliert, „wegen nichts und wieder nichts“ inhaftiert, allein mit dem Ziel, ein ganzes Volk auszulöschen. Und nach 1945 wurden die Widerstandskämpfer, wie Wiesel feststellt, geliebt - aber von den jüdischen Überlebenden des Genozids wandte man sich ab, weil sie „keine Helden der Geschichte“ waren (14). Mit ihnen hatte sich der Abgrund der Menschheit aufgetan - „Wir haben bewiesen, wozu der Mensch fähig ist... Man wollte uns nicht zur Kenntnis nehmen. Wir störten“ (15).

Semprun nennt dies den „Albtraum aller Deportierten“, daß ihre Berichte eine Art Unbehagen hervorrufen, „ein Schweigen, das immer dichter wird.“ (In: Jorge Semprun, Schreiben oder Leben, S. 295). Und dieses Schweigen hatte auch die Betroffenen selbst erfaßt - als Verstummen. Tatsächlich haben Semprun und Wiesel zehn, fünfzehn Jahre gebraucht, bis sie ihr Schweigen brechen konnten. Und da war ihnen auch klar geworden, daß es eine notwendige Reaktion gewesen war; Semprun spricht von einer „langen Kur der Aphasie, der bewußten Amnesie, um zu überleben“ (a.a.O., S.

233). Vor dem Gefühl, aus dem Tod zurückgekehrt zu sein, hat das vorsätzliche, systematische Vergessen der Lagererfahrung eine beruhigende, therapeutische Wirkung ausgeübt; es war der Preis des Weiterlebens. Erst mit der Zeit ist es diesen „Widergängern des Lebens“ (S. 110) gelungen, die unendliche Trauerarbeit des Erinnerns auszuhalten, das Schweigen zu lösen und das Schreiben, „das meine Seele zerfraß“ (233), zu überleben.

Dabei ist es Wiesel und Semprun immer schwer gefallen oder überflüssig erschienen, mit Menschen ihrer Generation über diese Erfahrung zu sprechen. Leichter fällt es ihnen, mit den Enkeln zu reden, weil sie weder betroffen noch schuldig sind: Sie bringen „dieser Geschichte eine viel direktere, offenere Einstellung entgegen. Sie sind noch imstande, Fragen zu stellen“ (17). Und sie wecken in dem „Geschichtenerzähler“ Wiesel und dem mit der politischen Praxis vertrauten Semprun den pädagogischen Eifer, Einblick in totalitäre Mechanismen zu vermitteln oder genaue Beobachtung zu lehren. Beide wehren sich, „Vergleiche anzustellen“ (24) und bestehen auf der Einzigartigkeit der Vernichtung des jüdischen Volkes. „Wir haben das absolut Böse entdeckt. ... In Auschwitz hat das Böse überlebt. Der Sieg der Alliierten hat das Böse nicht aufhalten können ... Wir leben immer noch in diesem Jahrhundert, dem blutigsten Jahrhundert der Geschichte“ (26). 50 Jahre später ist zu fragen, „wenn Auschwitz und Buchenwald den Menschen nicht verändern konnten, was wird ihn dann wirklich verändern können?“ (27). So stehen diese Überlebenden immer noch vor Fragen, und sie haben immer noch mehr Fragen als Antworten. Aber sie stellen sich der Neugier der Wißbegierigen - „weil das Ende absehbar ist. Weil es sehr bald keine Überlebenden mehr geben wird. Und angesichts dieser Dringlichkeit, angesichts des Unverständnisses auf der einen und des Verständnisses, das uns die junge Generation entgegenbringt, auf der anderen Seite, fällt es den Überlebenden leichter, darüber zu sprechen“ (42). Mit desperatem Humor malen sich Wiesel und Semprun aus, daß es einmal einen „letzten „Überlebenden“ geben wird - und sind sich darin einig, daß keiner von ihnen beiden es sein möchte.

Heidrun Meier-Ewert

Jorge Semprun, Elie Wiesel: Schweigen ist unmöglich. Edition Suhrkamp 2012. Frankfurt am Main 1997. 54 Seiten, 12,80 Mark.

Jorge Semprun: Schreiben oder Leben. Suhrkamp Taschenbuch 2727. Frankfurt am Main 1997. 367 Seiten, 18,80 Mark.

Bücherschau**Opfer einer Justizfarce**

Durch den NS-Propagandafilm „Jud Süß“ ist das Bild von Joseph Süß Oppenheimer auch heute noch verzerrt, verschwand doch die historische Person hinter der medialen Verfremdung. Über das wirkliche Leben dieses dadurch wohl bekanntesten sogenannten „Hofjuden“ des 17. und 18. Jahrhunderts hat nun Hellmut G. Haasis eine flüssig geschriebene und überaus informative Biographie vorgelegt. Er beschreibt darin den Lebensweg Oppenheimers (1698-1738) unter besonderer Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Aktivitäten, die ihm den gesellschaftlichen Aufstieg bis zum Hoffaktor des Herzogs Karl Alexander von Württemberg ermöglichten. In dieser Funktion wurde er zu einer Art Berater und Manager, der entscheidend mit zur Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung im Land beitrug. Der damit verbundene Absolutismus und Zentralismus der Regierungstätigkeit des Herzogs erregte den Unmut von Ständen und Zünften und als dieser 1737 starb, verhaftete man Oppenheimer unter abwegigen Beschuldigungen wie Amterschleichung und Majestätsbeleidigung. Als Sündenbock für den toten Herzog wurde er nach einer Justizfarce zum Tode verurteilt und 1739 öffentlich an einem zehn Meter hohen Galgen gehängt.

Haasis schildert Oppenheimers Leben auf Basis einer breiten Auswertung der Stuttgarter Prozeßakten und anderer bislang noch nicht weiter diesbezüglich beachteten Akten und Nachlässe. Dadurch gelingt es ihm, ein dichtes und eindringliches Bild von der tatsächlichen Person des „Jud Süß“ zu zeichnen. Der Autor vermeidet dabei eine Idealisierung des Opfers von Antisemitismus und Justizmord und beschreibt auch bedenkliche Züge seiner Persönlichkeit. Allerdings macht Haasis dabei zutreffend auch immer deutlich, daß es sich hierbei um durch seine berufliche Tätigkeit bedingte und rechtlich legitime Handlungsweisen handelte. Andere persönliche Einstellungen wie etwa das Verhältnis zu seinem Personal oder Verfehlungen wie etwa eventuelle Sexualstraftaten konnten und durften keine Rolle beim Hochverratsprozeß gegen Oppenheimer spielen. Der Autor widmet sich in der Biographie ausführlich der damit verbundenen Justizfarce: Dabei wird deutlich, daß es nicht den kleinsten Beleg für die Anschuldigungen gab und

alle entlastenden Aspekte bewußt ignoriert wurden. Das Urteil stand schon von Anfang an fest! Über Oppenheimers Bemühungen, die Verurteilung trotzdem zu verhindern, schreibt Haasis: „Bis zum Schluß fordert Süß ständig unparteiische Richter, einen landesfremden Rechtsbeistand und einen öffentlichen Prozeß. Sein Schicksal gewinnt prophetische Größe für eine unabhängige Rechtssprechung im Opfer einer alle Rechtsgrundsätze verachtenden Justiz zeigt sich ein aufgeklärter, vorurteilsloser Geschäftsmann, schon auf dem Weg zum Citoyen, freilich zwei Generationen zu früh“ (S. 372). Derartige Einschätzungen findet man in der Biographie allerdings nur selten. Der Autor bleibt all zu sehr der historisch beschreibenden Darstellung verhaftet und verdeutlicht nicht genug, was über das geschichtliche Interesse hinaus noch aus dem Fall Oppenheimer gelernt werden könnte. Dies gilt etwa für die Analyse der Ursachen des Antisemitismus, richtete sich der Haß gegen Oppenheimer doch nicht zufällig gegen einen Vertreter der ökonomischen Moderne. Bedauerlich ist darüber hinaus auch, daß Haasis der Darstellung des historischen Stoffs in so unterschiedlicher Form wie literarisch in dem Roman von Lion Feuchtwanger oder dem NS-Propagandafilm von Veit Harlan keine näheren Ausführungen widmet. Gleichwohl handelt es sich um eine durch akribische Recherche und ins Detail gehende Darstellungen geprägte kenntnisreiche und informative Biographie.

Armin Pfahl-Traugher

Hellmut G. Haasis, Joseph Süß Oppenheimer, genannt Jud Süß. Finanzier, Freidenker, Justizopfer, Reinbek 1998 (Rowohlt), 479 S.

Veranstaltungshinweis

Zur Erinnerung an Fritz Bauer, der am 16. Juli 95 Jahre alt geworden wäre, findet am 2. Juli im Hessischen Rundfunk in Frankfurt um 20.00 Uhr im Sendesaal eine Veranstaltung statt. Der Hessische Generalstaatsanwalt Hans-Christoph Schaefer wird in das juristische Denken Bauers, einer der großen demokratischen Juristen der bundesdeutschen Nachkriegszeit, einführen, der Hessische Justizminister Rupert von Plottnitz aus den neu veröffentlichten Schriften Fritz Bauers „Die Humanität der Rechtsordnung“ vortragen. Den musikalischen Rahmen gestaltet das Pelligrini-Quartett.

Infos: Fritz-Bauer-Institut, Rheinstraße 29, 60325 Frankfurt, Tel. 069 / 975811-0, Fax - / 97581190.

Meldungen

■ **Berlin** - In der Internet-Ausgabe des sogenannten „nationalen Medienverbandes“ um die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ), federführend vom NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt betrieben, ist ein mehrseitiger Grundsatzartikel über „Die NPD, die BRD-Rechte und die nationalen Sozialisten“ veröffentlicht. Den Schwerpunkt bildet die Verknüpfung von nationaler und sozialer Frage aus der Sicht der Nationaldemokraten. Ausgangspunkt ist die Demonstration von NPD/JN am 1. Mai in Leipzig (von NPD-Bundesvize Jürgen Schön zum „Kampftag der gesamten nationalen Bewegung“ hochgeredet), die unter dem Motto „Wir schaffen Arbeit - Bonn schafft nichts“, stattgefunden hatte. In dem BBZ-Artikel wird mitgeteilt, daß man am Entwurf einer „modernisierten Programmatik des nationalen Sozialismus“ arbeite, um diesen der PDS gegenüberstellen zu können. Zu diesem Zweck hat sich in der NPD die „Arbeitsgemeinschaft nationaler Sozialisten“ (Sprecher: Andreas Schulz) gebildet und bereits eine Strategie des „integrierten Volksinteresses“ vorgelegt.

■ **Bruchsal** - Rund 150 Anhänger der NPD haben vor der Justizvollzugsanstalt Bruchsal für die Freilassung von Günter Deckert, dem amtsenthobenen einstigen, und später auch von seinem Stellvertreterposten enthobenen, NPD-Bundesvorsitzenden, demonstriert. Deckert sitzt seit rund zweieinhalb Jahren wegen rechtskräftiger Verurteilung wegen Volksverhetzung, Beleidigung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener u.a. in Haft, eine Reihe von Berufungsverfahren sind noch vor Gericht anhängig.

■ **Coburg** - Die Mehrheitsleser der Monatzeitschrift „Nation+Europa“ ist, so hat es eine von 1000 Lesern beantwortete Fragebogenaktion erbracht, männlich, verheiratet, zwischen 40 und 69 Jahre alter Angestellter mit Universitätsstudium. In ihrer politischen Selbsteinschätzung nach rechts gibt sich mehr als ein Drittel die Spitzennote 10, bei der Parteienpräferenz erreichen REP und NPD nahezu gleiche Werte (30,2% bzw. 27,5%), die DVU fiel zumindest im Zeitpunkt der Umfrage mit 16 Prozent zurück, der BFB kam auf knapp 10 Prozent.. Diese Aufspaltung wird auf die Zersplitterung der Rechten und das „Führungsvakuum“ zurückgeführt, für das die Mehrheit, ganz auf der Linie von NE den REP-Vorsitzenden Schlierer verantwortlich macht. Bemerkenswert ist, daß nahezu

die Hälfte der Leser die „rechte jugendliche Subkultur“ als dem Ansehen der Rechten schädlich einstuft und ein weiteres Viertel hierauf gespalten reagiert.

Fischen unter der Klientel von „Nation+Europa“ will allem Anschein nach auch die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. In der Mai-Ausgabe wartete sie mit einem Inserat in dem rechtsextremistischen Periodikum auf.

■ **Frankfurt** - Eine „Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur e.V. (DVCK; Sitz: Frankfurt) will mittels Unterschriftenkampagnen, Broschüren und Flugblättern den Bundestagswahlkampf dazu nutzen, gegen die Sexualerziehung an den Schulen zu Felde zu ziehen. Strippenzieher der Aktion ist der selbsternannte Moralapostel Mathias von Gersdorff, Autor in der „Jungen Freiheit“ und Mitglied in den rechtsklerikalen Vereinigungen „Arbeitskreis für Christliche Publizisten“ (ACP) und „Tradition, Familie, Eigentum“ (TFP). Letztere will „das sozialistische und kommunistische Eindringen in die heutige Gesellschaft durch friedliche und gesetzmäßige Mittel ... bekämpfen“. Hauptpropagandist des DVCK ist Lothar Groppe, Autor in den revanchistischen Blättern „Der Schlesier“ und „Ostpreußenblatt“ sowie der „Jungen Freiheit“ und „Criticon“. Groppe war Leiter der deutschen Sektion von Radio Vatikan und zeitweilig Dozent an der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr.

■ **Gelsenkirchen** - Eine Gruppe sogenannter „Freier Nationalisten“ aus dem Raum Westfalen hat ein „Unabhängiges Pressearchiv“ (UPA) gegründet. Eigenangaben zufolge soll das Archiv „als zentrale Sammelstelle fungieren und sowohl den Zugriff auf Veröffentlichungen aus der brd-Lizenzpresse, als auch auf Veröffentlichungen aus den verschiedensten Bereichen des Nationalen Opposition ermöglichen.“

■ **Hamburg** - Im neuesten Rundbrief seines Vereins „Die Deutschen Konservativen e.V.“ (Hamburg) agitiert Joachim Siegerist gegen die Wehrmachtsausstellung des „Hamburger Instituts für Sozialforschung“. Siegerist bekennt, daß er „tiefen Respekt vor der Leistung der Deutschen Wehrmacht im II. Weltkrieg habe“: „Mein Vater war Soldat in dieser Wehrmacht - und ich lasse es mir nicht gefallen, daß das Andenken dieser Männer heute durch eine schäbige und miese Ausstellung so in den Dreck getreten wird.“ Siegerist, der im nächsten Jahr als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen in Lettland antreten wird, empört sich wei-

terhin: „Wer die Deutsche Wehrmacht als eine verbrecherische Organisation hinstellt, erklärt auch seinen eigenen Vater und Großvater zum Verbrecher. Nur unanständige Links-Ideologen ohne moralische Bindung sind dazu in der Lage.“ Zur Ehrenrettung der „gefallenen Soldaten der Deutschen Wehrmacht“ will Siegerist stattdessen eine Kapelle bauen: „Das soll unsere Antwort sein auf die unerträglichen Verleumdungen gegen eine ganze Generation anständiger Männer“.

■ **Hamburg** - Auf welchem inhaltlichen Niveau sich das politische Gebaren der DVU bewegt, davon zeugen die in den vergangenen Landtagen von Schleswig-Holstein und Bremen (Bürgerschaft) eingebrachten Anträge. Diesbezüglich den Vogel schoß jetzt aber Elke Gülck im Bezirksparlament von Hamburg-Harburg ab. Ernsthaft stellte sie den Antrag, Hunden, die als „Bewacher von Häusern ihren Dienst tun“, in einem Naturschutzgebiet eine Erholungszone einzurichten.

■ **Öhringen** - Der 22jährige Rechtsextremist Lars Käßler wurde vom Amtsgericht Öhringen zu einer Geldbuße in Höhe von DM 1.500,- verurteilt. Der JN-Funktionär aus Neckarwestheim hatte im vergangenen Jahr anlässlich des Todestages von Rudolf Hess einen Aufmarsch organisiert. Rund 20 Rechtsextremisten marschierten am 16. August 1997 (vgl. BNR 18/97) im Beisein eines Kamerteams durch das baden-württembergische Öhringen. Beim Eintreffen des ersten Polizeifahrzeuges stob die braune Kundgebung auseinander und ließ dabei einen Teil der Fahnen und Schilder zurück. Der Verurteilte versuchte vor Gericht geltend zu machen, es habe sich um eine Spontandemonstration gehandelt. Käßler ist stellvertretender Landesvorsitzender der NPD und der „Jungen Nationdemokraten“ sowie Geschäftsführer der JN in Baden-Württemberg. Zum Jahresbeginn wurde die Einberufung Käßlers zur Bundeswehr durch das zuständige Kreiswehrrersatzamt kurzfristig widerrufen.

■ **Stuttgart** - Der NPD-Parteivorstand hat in einer Pressemitteilung angekündigt, zur Bundestagswahl sowie zu den Landtagswahlen in Bayern und in Mecklenburg-Vorpommern im September kandidieren zu wollen. 1999 werde die NPD für den sächsischen Landtag und die Kommunalwahlen in Sachsen antreten.

■ **Stuttgart** - Die „Vereinigte Rechte“ um Leo Thenn und Mario Meurer (vgl. BNR 22/97) hat die

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

beabsichtigte Kandidatur zu den Bundestagswahlen offensichtlich abgeblasen. Für die zweite Novemberhälfte ist ein Kongreß geplant, an dem die Bundesvorsitzenden der in Deutschland kursierenden Rechtsparteien und -gruppierungen teilnehmen sollen. Ziel soll diesmal die Bildung eines Wahlbündnisses der extremen Rechten für die Europawahlen im kommenden Jahr sein. Jeder der eingeladenen Parteiführer, der nicht erscheine, sei „ein Einigungsverhinderer“, so die „Vereinigte Rechte“. Es gehe schließlich um Deutschland. Das altbekannte Motto lautet daher: „Deutsche Interessen zuerst! Arbeit und Wohnraum zuerst für Deutsche!“

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto